

**1. Mai 2006, DGB Münster**

**„Deine Würde ist unser Maß“**

**Regina Görner**  
geschäftsführendes Vorstandsmitglied  
der IG Metall

**- es gilt das gesprochene Wort -**

Anrede,

dass wir heute diesen Feiertag gemeinsam begehen können, ist eine schöne, alte Tradition. Aber Traditionen wie diese sind keine Selbstverständlichkeit. Sie wurden uns nicht geschenkt. Sie mussten erkämpft werden. Auch wenn sie uns heute als sozialer Besitzstand erscheinen: Besitzstände, die nicht aktiv verteidigt werden, gehen schnell verloren, auch wenn sie noch so schön und sinnvoll sind. Was wir bewahren wollen, muss immer wieder neu erkämpft werden - in politischen und betrieblichen Auseinandersetzungen, manchmal auch in Arbeitskämpfen.

Einer allein kann wenig tun, damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihren Anteil an dem erhalten, was sie erwirtschaften. Deshalb muss es Gewerkschaften geben. Aber ihre Existenz ist noch keine Garantie dafür, dass dies auch gelingt. Nur wenn Gewerkschaften und ihre Mitglieder bereit und in der Lage sind, für ihre Ziele zu kämpfen, können sie soziale Besitzstände verteidigen und neue erringen.

Dass dies auch unter schwierigen Bedingungen gelingen kann, hat ja gerade die Tarifauseinandersetzung in der Metall- und Elektroindustrie gezeigt. Als die Forderung formuliert und begründet wurde, lauteten die Zeitungskommentare ziemlich einhellig: „Das wird nichts! Lohnerhöhungen sind nicht angesagt, Besitzstände wie die vermögenswirksamen Leistungen werden verschwinden und neue Ansprüche wie die auf Qualifizierung und Weiterbildung sind schon gar nicht durchsetzbar.“ Und ich weiß, dass auch viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer diese Skepsis teilten.

Aber alle Bedenken träger lagen falsch, denn die Kolleginnen und Kollegen in der Metall- und Elektroindustrie haben mit ihren Warnstreiks gezeigt, dass sie nicht resignieren, sondern bereit sind zu kämpfen. Und die Erfahrung zeigt: Das lohnt sich, im übrigen ja nicht nur bei uns, wenn ich etwa an die Auseinandersetzungen um den Kündigungsschutz in Frankreich denke.

Die IGMetall hier in Nordrhein-Westfalen hat den Durchbruch geschafft - und dazu kann man ihr und ihrer Verhandlungskommission nur herzlich gratulieren. Aber die Lösung ist letztlich nicht in Düsseldorf erstritten worden, sondern in den fast 4000 Betrieben, in denen bundesweit nahezu 1 Mio. KollegInnen in Warnstreiks gezeigt haben: „Das sind unsere Forderungen. Und wir sind bereit dafür zu streiten und Druck zu machen.“

Und weil dies auch im öffentlichen Dienst so ist, bin ich zuversichtlich, dass auch unsere ver.di-KollegInnen die Angriffe auf ihre Arbeitszeit werden abwehren können. Und nur das kann den weiteren Arbeitsplatzabbau im öffentlichen Dienst bremsen und damit auch jungen Menschen Zugang zur Erwerbsarbeit sichern.

Das Metallergebnis ist gut für die KollegInnen in der Metall- und Elektroindustrie, aber auch für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland. Denn es zeigt, dass Gewerkschaften keine zahnlosen Tiger sind, dass man mit ihnen rechnen muss, dass sie das Vertrauen der Menschen besitzen, die in diesem Land auf abhängige Arbeit angewiesen sind.

Und es zeigt auch, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht wehrlos sind in einer Gesellschaft, in der viel zu viele dem Markt alles und den Arbeitnehmern und ihren Interessenvertretungen nichts mehr zutrauen. Viele Journalisten haben in den letzten Wochen geschrieben, diese ganzen Tarifrituale wie Warnstreiks usw. seien doch völlig überflüssig. Das genaue Gegenteil ist der Fall, denn offenbar muss von Zeit zu Zeit immer wieder gezeigt werden, dass Menschen nicht bereit sind, sich alles gefallen zu lassen, dass sie ihre berechtigten Interessen verteidigen und sich wehren können.

Kleinen Kindern sagt man: „Wer nicht hören will, muss fühlen“. Das gilt auch für Arbeitgeberverbände oder die Politik. Die große Bereitschaft von Menschen, die derzeitigen Tariffbewegungen oder auch betriebliche Abwehrkämpfe wie bei AEG in Nürnberg mitzutragen hat hier ihre Ursache, und natürlich ebenso der Ausgang der letzten Bundestagswahl.

Es ist ja keineswegs so, dass die Menschen in unserem Land sich panisch an Besitzstände klammern würden, dass sie klotzköpfig alle Veränderungen verweigerten oder auf gesellschaftliche und ökonomische Herausforderungen nicht reagieren wollten. Das haben nicht nur die Menschen in den neuen Ländern unter Beweis gestellt, sondern auch die Beschäftigten im Westen,

- die jetzt schon seit Jahren mit immer neuen Anstrengungen und vielen persönlichen Einbussen dafür gesorgt haben, dass die deutsche Wirtschaft weiterhin Exportweltmeister ist.
- die in ihren Unternehmen Jahr für Jahr neue Moden von Managementstrategie erdulden und dafür sorgen müssen, dass der Laden trotzdem irgendwie läuft.
- die miterleben, dass ihre Kinder und Enkel immer größere Schwierigkeiten haben, den Einstieg in Ausbildung und Beruf und eine verlässliche Existenzsicherung zu finden und sie trotz eigener schwindender Ressourcen unterstützen.
- die ihren Lebensstandard nur halten können, wenn sie Überstunden machen und sich Nebenjobs suchen, zugleich aber Verantwortung für Kinder und pflegebedürftige Angehörige übernehmen und sich ehrenamtlich für andere engagieren.
- die immer neue Preissteigerungen hinnehmen müssen und zugleich Abstriche an ihrer sozialen Sicherung usw. usw.

Ich will die Liste gar nicht fortsetzen.

Anrede,

Die Menschen stören nicht so sehr die Einschränkungen und Belastungen, die damit verbunden sind, sondern dass sie das Gefühl haben,

dass ihre Arbeitsbiographien zum Spielball neoliberaler Experimente werden  
dass sie im Betrieb und in den Sozialsystemen nur als Kostenfaktor wahrgenommen werden

dass ihre Leistung und Kreativität nicht zählen, sondern nur die Gewinnerwartungen anonymen Kapitaleigner

dass ihre Lebensschicksale und die ihrer Familien von Bürokraten und Managern hin und hergeschoben werden wie Schachfiguren auf einem globalen Spielfeld.

Die Menschen fühlen sich in diesen Prozessen zum Objekt erniedrigt, zur Ware, die gehandelt und auf den Müll geworfen wird, wenn sie keinen guten Preis mehr erzielt. Menschen fühlen sich benutzt und entwürdigt, wo sie Teilhabe und Respekt verdient hätten.

Deshalb spricht das diesjährige Mai-Motto des DGB von der Würde der Menschen und davon, dass Gewerkschaften sich in ihrem Handeln nur von einem leiten lassen: von der Würde des Menschen, von den unveräußerlichen Rechten der menschlichen Person, von ihrem Anspruch auf Teilhabe und Respekt, auf Sicherheit und Entfaltung.

Der Mensch und seine Arbeit stehen im Zentrum unseres Handelns. Seine Würde bestimmt die Ziele, für die Gewerkschaften sich einsetzen. Und es gibt leider immer mehr Grund, sich um die Würde der Menschen im Arbeitsleben zu sorgen.

Anrede,

Arbeit zu haben, ist eine wesentliche Voraussetzung menschlicher Würde. Und deshalb ist die andauernde Massenarbeitslosigkeit ein Dauerangriff auf die Menschenwürde.

In den Sonntagsreden der Politik wird das nicht bestritten, aber die Wirklichkeit straft die schönen Reden Hohn:

- Qualifizierungsmaßnahmen, die Menschen leichter in Arbeit bringen können, werden aus Kostengründen eingestampft.
- Unter dem Vorwand, mehr Arbeitsplätze schaffen zu wollen, wird jede nur denkbare Verschlechterung im Arbeits- und Sozialrecht in die Diskussion gebracht und leider viel zu viel davon umgesetzt.
- Umverteilung von unten nach oben tarnt sich als arbeitsmarktpolitische Wohltat.
- Reine Lohnsenkungsmodelle werden schamlos als Interessenvertretung von Arbeitslosen verkauft.

Das alles verletzt die Würde der Menschen, die Arbeit suchen, und es bringt natürlich auch keine zusätzlichen Arbeitsplätze.

Und selbst da, wo die Statistiker heutzutage Beschäftigung verzeichnen müssen, kann von menschenwürdiger Arbeit oft keine Rede sein.

Keine Arbeit zu haben, verletzt die Würde des Menschen, aber nicht jede Arbeit entspricht der Menschenwürde: Sklavenarbeit und Zwangsarbeit sind menschenunwürdig. Kinderarbeit ist menschenunwürdig. Und auch vieles, was im Niedriglohnsektor angeboten wird, ist nicht menschenwürdig.

Der Grund ist ganz einfach: Arbeit ist deshalb ein Basisbestandteil der Menschenwürde, weil sie dem einzelnen die Möglichkeit gibt, die eigene Existenz und die seiner Familie aus eigener Kraft zu sichern. Wenn aber kein existenzsicherndes Einkommen erzielt werden kann, wird dieser Zweck verfehlt, und damit auch die Würde des Menschen.

In der katholischen Soziallehre heißt es, dass die Arbeit so zu entlohnen sei, dass - ich zitiere: „...dem Arbeiter die Mittel zu Gebote stehen, um sein und der Seinigen materielles, soziales, kulturelles und spirituelles Dasein angemessen zu gestalten.“ Wer den gerechten Lohn verweigert, begeht deshalb ein schweres Unrecht.

Die Neoliberalen werden demgegenüber nicht müde, uns zu verkünden, die Forderung nach einem gerechten, existenzsichernden Lohn sei eigentlich doch Raub an den Kapitaleignern, die um ihren berechtigten Gewinnanspruch gebracht würden. Auch das ist ein Angriff auf die Würde der menschlichen Arbeit.

Ich setze dem ein Zitat entgegen: „Das Eigentum an Produktionsmitteln... wird rechtswidrig, wenn es ... dazu dient, ... einen Gewinn zu erzielen, der nicht aus der Gesamtausweitung der Arbeit und des gesellschaftlichen Reichtums erwächst, sondern aus ihrer Unterdrückung, aus der unzulässigen Ausbeutung, aus der Spekulation und aus dem Zerschlagen der Solidarität in der Welt der Arbeit. Ein solches Eigentum besitzt keinerlei Rechtfertigung...“ Dieser Satz stammt nicht etwa von Karl Marx, sondern von Papst Johannes Paul II., und er drückt in erfreulicher Klarheit aus, was auch unser Grundgesetz sagt: „Eigentum verpflichtet“ - nicht zur Gewinnmaximierung, sondern zu Gerechtigkeit und Solidarität.

Und sein Vorgänger Leo XIII. hat schon 1891 deutlich gemacht, dass ein Lohn auch nicht dadurch gerecht wird, dass er zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer frei vereinbart wurde. Wenn er, so der Papst, „so niedrig ist, dass er ... den Lebensunterhalt nicht abwirft“, dann muss die „natürliche Gerechtigkeit der Vertragsfreiheit übergeordnet“ werden. Das ist auch nach 115 Jahren im Zeitalter der Globalisierung wahr.

Anrede,

Während die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung allein in den letzten 5 Jahren um 1,6Mio. Arbeitsplätze zurückgegangen ist, wuchert das Krebsgeschwür der McJobs immer weiter. Prekäre Beschäftigung, Scheinselbstständigkeit, Minijobs, 1€Jobs - alles Arbeit von der man nicht leben kann. Und da sollen nun Kombilöhne Abhilfe schaffen. Abgesehen davon, dass Kombilöhne nichts anderes sind als Subventionen für Unternehmen, die damit ihre Personalkosten senken, abgesehen davon, dass Kombilöhne öffentliche Mittel verschwenden, weil sie Mitnahmeeffekte geradezu herausfordern, sind Kombilöhne auch ein Angriff auf die Würde der Menschen, weil sie Menschen dauerhaft und gezielt von öffentlicher Unterstützung abhängig machen.

Was wir brauchen, ist etwas ganz anderes: Mindestlöhne, die sichern, dass menschliche Arbeit wenigstens wieder eine dürftige Existenzsicherung möglich macht.

Anrede,

die Würde des Menschen wird auch verletzt, wenn die Arbeit krank macht. Vor wenigen Tagen stand in allen Zeitungen, dass noch nie so wenig Arbeitstage durch Krankheit ausgefallen sind, wie im vergangenen Jahr. Wer daraus schließt, dass die Menschen nun gesünder seien und Arbeit weniger krank mache, irrt. Das zeigt allein schon der starke Anstieg der psychischen Erkrankungen. Wir wissen, dass dahinter häufig hoher Leistungsdruck und Überforderung stehen, Stress und Mobbing - und deren Ursachen liegen nicht zuletzt in der Arbeitswelt.

Auch hier sind Gewerkschaften gefordert gegenzuhalten um der Würde der Menschen willen.

Anrede,

die Würde des Menschen wird aber auch dann verletzt, wenn seine Arbeit ihn daran hindert, die Verpflichtungen zu erfüllen, die er gegenüber anderen Menschen hat. Die mangelhafte Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit ist auf diesem Hintergrund immer unerträglicher. Die Unternehmen machen es sich da einfach: Sie fordern vom Staat mehr Betreuungsangebote. So wichtig Betreuungsangebote sind: Die Wirtschaft kann sich nicht aus der Verantwortung stehlen.

Es muss sich endlich in der Arbeitswelt selbst etwas ändern - wir brauchen endlich wieder verlässliche Arbeitszeiten für Menschen mit Familienpflichten, endlich Zugang zu Ausbildung und Erwerbsarbeit und zu einem Minimum an ökonomischer Sicherheit für alle, die eine Familie gründen wollen. Wir brauchen nicht die jobgerechte Familie, sondern die familiengerechten Jobs!

Anrede,

zur Würde des Menschen gehört aber nicht zuletzt, dass er in seiner Arbeit nicht nur als Kostenstelle geführt wird, sondern teilhaben kann nicht nur an den Erträgen, die mit seiner Arbeit erzielt werden, sondern auch an den Entscheidungen, die im Unternehmen getroffen werden. Arbeit ohne Mitbestimmung verletzt die Würde der Menschen.

Ich zitiere noch einmal Johannes Paul II. : "Das Unternehmen darf nicht ausschließlich als Kapitalgesellschaft gesehen werden; es ist zugleich eine Gemeinschaft von Menschen, zu der sowohl jene beitragen, die das für ihre Tätigkeit notwendige Kapital einbringen als auch jene, die mit ihrer Arbeit daran mitwirken." Und dies gilt auch erst recht in der Wissensgesellschaft. Ich zitiere weiter: „Die neue Organisation der Arbeit, in der das Wissen mehr zählt als der bloße Besitz von Produktionsmitteln, belegt ganz konkret, dass die Arbeit aufgrund ihres subjektiven Charakters ein Recht auf Beteiligung beinhaltet.“ Die Menschen verstehen das im übrigen sehr gut.

Und sie nehmen ihre Beteiligungsrechte auch wahr und erkämpfen sie sich, wo sie ihnen verweigert werden. Bei den laufenden Betriebsratwahlen gibt es zwar noch keine abschließenden Ergebnisse, aber ich weiß aus dem Organisationsbereich der IGM, dass die Wahlbeteiligung diesmal weiter gestiegen ist, auf fast 74% - Werte, von denen die Politik nur noch träumen kann!

Und deshalb stehen wir auch in der Verteidigung von Mitbestimmung und Betriebsverfassung für die Würde des Menschen ein. Ich will übrigens schon hier allen, die als Betriebsrätinnen und Betriebsräte oder als Mitglieder von Aufsichtsräten gewählt werden, herzlich gratulieren und Ihnen viel Erfolg für Ihre verantwortungsvolle Tätigkeit wünschen. Sie können sich jeden Tag bewusst sein, dass sie einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, dass Menschen in der Arbeitswelt ihre Würde behalten können.

Anrede,

wenn die Gewerkschaften die Würde der Menschen nicht aus dem Auge verlieren, werden die Menschen auch die Gewerkschaften nicht aus dem Auge verlieren.

Aber der Würde des Menschen wird nicht nur durch Kampf und harte Interessenvertretung Rechnung getragen, sondern auch in Solidarität und Gemeinsamkeit. Und deshalb dürfen wir mit vollem Recht am Tag der Arbeit auch einfach miteinander feiern. Ich wünsche Euch allen dabei viel Spaß und danke für Eure Aufmerksamkeit.